

# Salzkörner

Materialien  
für die Diskussion  
in Kirche  
und Gesellschaft



ZdK

24. Jg. Nr. 1  
Februar 2018

## Editorial

### Die Laien selbst ...

Franz Meurer, der beliebte Kölner Pfarrer und alternative Ehrenbürger der Stadt, zitiert ihn immer wieder, den Schlüsselsatz allen Engagements: "Wer es macht, hat die Macht!". So ist es – entgegen manchen Klischees – allüberall in der Kirche. Überall gibt es Gruppen, Initiativen, Räte, die die Dinge bewegen. Daraus lebt die Kirche – und daraus lebt auch vieles in der Welt. Das Konzil sagt in Gaudium et spes 43: "Von den Priestern aber dürfen die Laien Licht und geistliche Kraft erwarten. Sie mögen aber nicht meinen, ihre Seelsorger seien immer in dem Grade kompetent, dass sie in jeder, zuweilen auch schweren Frage, die gerade auftaucht, eine konkrete Lösung schon fertig haben könnten oder die Sendung dazu hätten. Die Laien selbst sollen vielmehr im Licht christlicher Weisheit und unter Berücksichtigung der Lehre des kirchlichen Lehramtes darin ihre eigene Aufgabe wahrnehmen."

So geschieht es gerade in Hamburg. In schwieriger finanzieller Situation muss das Erzbistum sich von 8 Schulen trennen. Das ruft Enttäuschung und Widerstand hervor. Aber es setzt auch Kräfte frei. Eine Genossenschaft bildet sich, [www.hamburger-schulgenossenschaft.de](http://www.hamburger-schulgenossenschaft.de), und sammelt einen Grundstock mit dem Ziel, die Schulen in der Verantwortung dieser Genossenschaft zu übernehmen. Das ist ein Beispiel jener "freien Initiativen", die in unserer Kirche keineswegs seltene Ausnahmen sind, sondern deren Zahl im ganzen Land und weltweit riesengroß ist. Sie sind Kirche in der Welt. Ein Beitrag in dieser Ausgabe der Salzkörner handelt davon.

Möge das Engagement der Hamburger (nicht nur) Katholiken Erfolg haben. Möge es, kirchlich gesprochen, gesegnet sein. Im Sinne des mündigen Bürgers ist es allemal. Und im Sinne des Auftrags aus Taufe und Firmung, mit dem wir voll und ganz Kirche sind.

Stefan Vesper

## Inhalt

- Jeder Mensch braucht ein Zuhause** \_\_2  
Bezahlbarer Wohnraum ist vielerorts  
knapp  
[Eva Maria Welskop-Deffaa](#)  
[Hannah Beck](#)
- Warum Profis?** \_\_\_\_\_4  
Journalisten und Medien als wichtige  
Player in der demokratischen Gesellschaft  
[Claudia Nothelle](#)
- Arbeitszeiten, die zum Leben passen** \_6  
Vereinbarkeit von Erwerbs- und  
Sorgearbeit  
[André Arenz](#)
- Schlicht privat** \_\_\_\_\_8  
Von den freien Vereinigungen in der  
Kirche  
[Stefan Vesper](#)
- Suche Frieden** \_\_\_\_\_10  
Höhepunkte und Grundlinien des 101.  
Katholikentags in Münster  
[Thomas Sternberg](#)

## 2 Sozialpolitik

### Wohnen

## Jeder Mensch braucht ein Zuhause

Bezahlbarer Wohnraum ist vielerorts knapp

**Wohnen ist ein Menschenrecht. In der Europäischen Sozialcharta haben sich die Unterzeichnerstaaten verpflichtet: "1. den Zugang zu Wohnraum mit ausreichendem Standard zu fördern, 2. der Obdachlosigkeit vorzubeugen und sie mit dem Ziel der schrittweisen Beseitigung abzubauen und 3. die Wohnkosten für Menschen, die nicht über ausreichende Mittel verfügen, so zu gestalten, dass sie tragbar sind."**

Auch wenn der Text der Charta kaum überall bekannt sein dürfte, wird sein Anliegen in Deutschland doch breit geteilt: In der repräsentativen Bevölkerungsumfrage, die der Deutsche Caritasverband zum Start seiner Jahreskampagne in Auftrag gegeben hat, betonten drei Viertel der Befragten, es sei ihnen sehr (!) wichtig, dass das Menschenrecht auf eine Wohnung für alle gewährleistet ist. Gleichzeitig sehen 60 Prozent der Befragten aktuell den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch hohe Wohnkosten unmittelbar bedroht. 80 Prozent der Befragten bewerten hohe Wohnkosten als erhebliches Armutsrisiko. Bezahlbares Wohnen landet damit auf Platz 4 der Rangliste wichtiger sozialpolitischer Themen – hinter Pflege, Kinderarmut und Alterssicherung, vor Zukunftsfragen der Krankenversicherung und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

### Wohnungsbau stagniert

Seit Jahren werden zu wenige Wohnungen gebaut. Vor allem beim für Haushalte mit niedrigem Einkommen erschwinglichen Wohnraum stagniert der Neubau. Das Jahr 2009 markierte mit 159.000 fertiggestellten Wohnungen den Tiefpunkt bei der Neubautätigkeit; der seither beobachtbare Anstieg reicht nicht aus, um die entstandenen Engpässe zu überwinden. Die relativ größte Lücke klafft im Segment des geförderten Wohnungsbaus. Die Ursachen der stotternden Bautätigkeit sind vielfältig; die mangelnde Verfügbarkeit bezahlbaren Baulands wird von potentiellen Investoren besonders beklagt. Viele Kommunen haben nur sehr verzögert auf die erkennbare Wohnungs-

knappheit reagiert. Mit dem Bauplanungsrecht verfügen sie über ein starkes Instrument, mit dem sie bestimmen, wo, wie und was gebaut wird. Durch Ausgestaltung der kommunalen Bauland- und Liegenschaftspolitik können und müssen sie einen wesentlichen Beitrag zu einer sozial ausgerichteten Wohnungspolitik leisten.

### Haushalte mit niedrigem Einkommen gefährdet

Beratungsstellen der Caritas nehmen wahr, dass Ratsuchenden der Zugang zu bedarfsgerechtem Wohnraum in den letzten Jahren zunehmend erschwert oder verwehrt wird. Ihre Berichte waren Ausgangspunkt für die Jahreskampagne 2018 des Deutschen Caritasverbandes. Wo Menschen eine Wohnung fehlt, fehlt ihnen ein Ort, an den man sich zurückziehen kann, der Geborgenheit und Sicherheit bietet: Jeder Mensch braucht ein Zuhause! Das Mandat, sich für mehr Wohnraum einzusetzen, ergab sich für die Caritas aus der Tatsache, dass das Thema "bezahlbares Wohnen" gerade für Personen mit niedrigem Einkommen oder Handicap besonders kritisch ist. Die Ergebnisse der Caritas-Studie bestätigten den Praxisbefund: 83 Prozent der Menschen mit einem Einkommen unter 1.500 Euro halten die Frage nach bezahlbarem Wohnraum für äußerst oder sehr dringlich (im Vergleich zu 76 Prozent insgesamt).

### Sozialen Wohnungsbau fördern

Als Antwort erfährt – über alle Einkommensgruppen hinweg – die Forderung nach Ausbau des sozialen Wohnungsbaus breite Unterstützung. 84 Prozent aller Befragten befürworten eine Förderung des sozialen Wohnungsbaus, 80 Prozent eine gezielte Förderung von Wohnungsgenossenschaften. Die – vor einigen Jahren unter Ökonomen und Politikern sehr verbreiteten – Hoffnungen, allein mit einer Verbesserung der Subjektförderung – mit Anpassungen etwa beim Wohngeld – Engpass-Situationen auf dem Wohnungsmarkt vermeiden und Bezahlbarkeit von Wohnungen für alle gewährleisten zu können, sind verschwunden. Seit der Finanzkrise ist eine wachsende Verflechtung von Kapital- und Immobilienunternehmen erkennbar, der Einfluss gewinnorientierter Wohnungsunternehmen nimmt zu. Die Eigentümerstruktur hat sich verschoben: Heute besitzen noch 50 Prozent der Wohnungseigentümer nur eine Wohnung, 10 Prozent der

# Sozialpolitik

## Wohnen

Mietwohnungen befinden sich in kommunalem Eigentum, nur noch knapp 10 Prozent im Besitz von Genossenschaften. Kapitalmarktorientierte Unternehmen nutzen besonders systematisch alle Werthebel wie regelmäßige Mieterhöhungspotenziale, was das Wohnen weiter verteuert. Der soziale Wohnungsbau muss für die Versorgung einkommensschwächerer Haushalte mit Wohnraum eine zentrale Stellung zurückerlangen: Im Gegenzug zu finanzieller Unterstützung verpflichten sich Bauherren, Wohnungen für eine festgelegte Dauer (25 bis 30 Jahre scheinen dem Caritas-Verband ideal) zu einem vergünstigten Mietzins an bedürftige Personen zu vermieten. Aufgrund auslaufender Bindungsfristen nimmt die Zahl der sozial gebundenen Wohnungen derzeit um jährlich 40.000 bis 60.000 Wohnungen ab.

Um den sozialen Wohnungsbau zu fördern, müssen Maßnahmen der Landes- und der kommunalen Ebene gut ineinandergreifen. Während die kommunale Ebene für die Ausgestaltung der Belegungsbindung zuständig ist, ist es Aufgabe der Bundesländer, die vom Bund für den sozialen Wohnungsbau bereitgestellten Kompensationsmittel für diesen zu nutzen und die Wohnraumförderprogramme attraktiv zu gestalten. Der Bund hat durch die Anhebung der Kompensationsmittel und flankierende Initiativen – wie das in der letzten Legislaturperiode gestartete Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen – Rahmenbedingungen zuletzt spürbar verbessert. Der seit dem 7. Februar vorliegende Entwurf des Koalitionsvertrages zwischen CDU/CSU und SPD für die 19. Legislaturperiode signalisiert die Bereitschaft des Bundes, seine Verantwortung für die Wohnungsbauförderung weiter und umfassender wahrzunehmen. Das ist gut. Anpassungen bei den Kosten der Unterkunft und beim Wohngeld sind dadurch keineswegs überflüssig. Es wird im Detail darauf zu achten sein, dass und wie die verabredeten Maßnahmen umgesetzt werden – und dabei den Blick über den Bau einzelner Wohnanlagen hinaus auf die Quartiersentwicklung zu richten.

### Kirche und Wohnen

Das Engagement von Kirche und Caritas für die Realisierung des Menschenrechts auf Wohnen hat eine lange Ge-

schichte. Die Wohnungslosenarbeit, der Bau von Mutter-Kind-Wohnungen, der Betrieb von Altenheimen und von barrierefreien Wohngruppen für Menschen mit Behinderung – das alles ist Teil aktiver Mitverantwortung in der Wohnungspolitik. Angesichts der skizzierten Zeichen der Zeit bleibt es drängende Aufgabe der kirchlichen Liegenschaftsverwaltungen, der Bistümer, Pfarrgemeinden und Caritasverbände zu prüfen, wie sie mit den ihnen zur Verfügung stehenden Immobilien bezahlbares Wohnen ermöglichen und Segregation in den Städten entgegenwirken können.

Innovative sozialräumliche Quartiersprojekte – wie das "Lebenshaus St. Leonhard" der Caritas in Frankfurt, das Projekt "In der Heimat wohnen" in Bamberg oder der geplante "Campus Lorenzo" in Leipzig machen vor, wie diese Verantwortung wahrgenommen werden kann. Sie schaffen Orte lebendigen Miteinanders, an denen die Wohnung mehr ist als ein Dach über dem Kopf. Auch wenn in der Caritas-Studie die meisten Menschen – gefragt danach, welche Aspekte des Wohnumfelds besonders wichtig sind, um sich zuhause zu fühlen – einen guten öffentlichen Personennahverkehr nennen, so folgen auf den Plätzen 2 und 3 Kinderbetreuung und Pflegedienste, originäre Angebote der Wohlfahrtsverbände. Sie bewähren sich damit im Quartier als gemeinwohlorientiertes Gerüst sozialer Infrastruktur, wo es darum geht, Heimat und Zuhause zu (er)leben.

(Alle zitierten Dokumente – das Positionspapier ebenso wie die Studie "Menschenrecht auf Wohnen" – finden sich auf der Kampagnenhomepage des Deutschen Caritasverbandes [www.zuhause-fuer-jeden.de](http://www.zuhause-fuer-jeden.de))

| [Eva Maria Welskop-Deffaa](#),

Vorstand Sozial- und Fachpolitik des Deutschen Caritasverbandes, Mitglied im ZdK

| [Hannah Beck](#),

Leiterin des Projektbüros "Initiative für gesellschaftlichen Zusammenhalt" beim DCV

## 4 Demokratie Medien

### Warum Profis?

Journalisten und Medien als wichtige Player in der demokratischen Gesellschaft

**Pressefreiheit und Medienvielfalt sind Grundpfeiler unserer Demokratie. Das ist allgemeine Überzeugung. Aber brauchen wir dazu den öffentlich-rechtlichen Rundfunk?**

Sei cool – sei Programmdirektor. Einen solchen Schlüsselanhänger hatten mir frühere Mitarbeiter geschenkt. Heute ist das längst Wirklichkeit für alle: die Mediatheken der Sender, aber noch viel mehr Netflix und Spotify machen es möglich. 80 Millionen ganz individuelle Programmdirektoren in Deutschland. Und die Zeitung, das Fernsehprogramm und die Radionachrichten können dichtmachen. Sind sowas von 20. Jahrhundert ...

#### Raus aus der Komfortzone

Sind sie nicht. Im Gegenteil – sie sind notwendige Bestandteile des Miteinanders in unserer Gesellschaft. Wenn wir das, was um uns herum geschieht, nur noch in der Filterblase des eigenen Egos sehen, dann wird der Blick auf die Welt notgedrungen enger und enger. Und Medien aller Art können da ein probates Gegenmittel sein: mit überraschenden Themen, neuen Sichtweisen und Perspektiven. Wie sonst gibt es einen Ausweg aus dem Hamsterrad der ewigen Wiederkehr des Gleichen und des mir Genehmen? Wie schaffen wir es, unseren Horizont zu weiten? Die andere Seite zu entdecken? Auch hier gilt: raus aus der Komfortzone.

Wer eine Zeitung oder Zeitschrift durchblättert, eine Sendung von Anfang bis Ende hört oder sieht, der stößt auf Vorgänge, Ereignisse und Positionen, die nicht zum eigenen Erfahrungsbereich oder Meinungsspektrum gehören. Und kann sich damit auseinandersetzen. Horizonterweiterung und Erwerb von ungeahntem Knowhow sind so möglich – notwendige/bleibende Voraussetzungen für Teilhabe. Denn erst hinreichende Informationen, Hintergründe und die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Sichtweisen des gleichen Themas ermöglichen eigene reflektierte Entscheidung und bewusste Gestaltung. Kann das aber ohne Medienvielfalt gehen?

#### Schweizer Diskussionsanstöße

Die Schweiz steht vor einer solchen Entscheidung. Am 4. März stimmen die Bürger dort ab, ob sie weiterhin gemeinsam und solidarisch ihren öffentlich-rechtlichen Rundfunk über Gebühren (Billag) finanzieren wollen – oder eben nicht. Der Grundgedanke der Gegner des bestehenden Systems: Jeder soll nur für das bezahlen, was er auch nutzt. Das soll dann in der Schweiz nicht nur für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gelten, sondern auch für viele andere Bereiche, von der Bahn und der Autobahn bis hin zum Schul- oder Gesundheitssystem. Das würde bedeuten: Die Medien sind dem freien Spiel des Marktes überlassen. Die Programme in der Schweiz senden in vier Sprachen – 17 Radio- und sieben TV-Programme. Gerade die Angebote für eine kleine Sprachgruppe jedoch ließen sich allein auf dem Markt kaum finanzieren.

Im Augenblick sehen die Demoskopen in der Schweiz einen Vorsprung für die Unterstützer des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Aber selbst wenn sie Recht behalten sollten – die Diskussion ist angestoßen. Und hat uns in Deutschland längst erreicht. In Zeiten des Internets, so die Gegner des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, sei ein beitragsfinanzierter Journalismus überflüssig.

#### Recherchieren, erläutern, aufklären

Ein Trugschluss. Es ist selbstverständlich niemandem verwehrt, sich seine eigenen Informationen zu beschaffen und sich selbst ein Bild zu machen. Im Gegenteil: Er oder sie soll es sogar, soweit immer es möglich ist. Aber: der professionelle Journalismus leistet Hilfestellung. Seine Aufgabe: recherchieren, erläutern, aufklären. Und – im Zeitalter des Internets ganz besonders – falsifizieren und verifizieren. Das ist eine unverzichtbare Dienstleistung für die Gesellschaft. Journalisten sind Warum-Profis – ihre Aufgabe ist es, die richtigen Fragen zu stellen und die passenden Antworten zu finden. Vor allem aber: hinzuschauen. Geduldig zu beobachten und zu erklären. All das tun sie für andere, auch wenn der Journalismus einer der wenigen Berufe ist, bei denen die Neugierde als Tugend gilt.

Oftmals ist es schon eine Frage der Zeit und der Bequemlichkeit: Wenn mir in 15 Minuten das präsentiert wird, was für den Tag wichtig ist, dann spart mir das im Zweifel

# Demokratie Medien

Stunden oder gar Tage des eigenen Lesens, Suchens und Recherchierens. Einmal abgesehen von den Möglichkeiten, die sich für den einzelnen doch zunächst einmal auf Google und Co. beschränken. Echte Recherche sieht anders aus.

Und genau da setzt die Begründung für Journalismus an: bei der Qualität und Professionalität. Das gilt für Zeitungsjournalisten genau wie für Onliner wie für Radio- und Fernsehleute. Die Erwartungen und die Anforderungen sind gleich. Und dennoch gibt es Unterschiede – vor allem zwischen den Medien, die sich auf dem Markt behaupten und aus Werbeerlösen und Abonnements finanzieren und denen, die von der Allgemeinheit finanziert werden, den öffentlich-rechtlichen also.

## Beitragsfinanziert, nicht durch Steuern

Ein kleiner Exkurs, um die Konfusion unterschiedlicher Ansätze zu vermeiden: Es ist entscheidend für das Selbstverständnis der Fernseh- und Radiomacher, dass ihre Sender eben durch einen Beitrag, eine Gebühr – und eben nicht durch Steuern – finanziert werden. Denn damit sind Etat und Möglichkeiten der Sender eben nicht vom Staat(shaushalt) und der Kassenlage abhängig. Sender, die von der Gesellschaft – die mit ihren Vertretern in den Rundfunkräten sitzt – kontrolliert werden, sind eben alles andere als Staatsfunk..

## Auch für Minderheiten

Diese vergleichsweise komfortable Situation verpflichtet aber auch in hohem Maße: zu einem Programm, das informiert, das bildet, das unterhält – ja, auch die Unterhaltung gehört zum öffentlich-rechtlichen Programmauftrag. So hat es das Bundesverfassungsgericht 1986 in seinem Urteil zum Grundversorgungsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks festgelegt. Das heißt: nicht nur ein Programm für die Nische, sondern Angebote für alle Alters- und Zielgruppen. Aber auch für Minderheiten, die ohne diesen Auftrag schnell außen vor bleiben würden. Ganz klar, die Einschaltquote kann dabei nicht der einzige Maßstab sein. Eine Kultursendung wird immer weniger Zuschauer als der Krimi haben, die Hauptnachrichten immer mehr Publikum als der anspruchsvolle Dokumentarfilm. All das aber ist Bestandteil des Programmauftrags, den

die öffentlich-rechtlichen Sender erfüllen. Und mit dem sie eine unabhängige Programmvielfalt bieten, die allein marktfinanziert nicht denkbar wäre.

Heribert Prantl hat es Ende Januar dieses Jahres bei der Verleihung des Siebenpfeiffer-Preises auf den Punkt gebracht: Der Namensgeber des Preises kämpfte für die Pressefreiheit, schon auf der Kundgebung beim Hambacher Schloss. Und als eine seiner Druckerpressen vom König versiegelt wurde, klagte er dagegen. Seine Begründung: Das Versiegeln von Druckerpressen sei genauso verfassungswidrig wie das Versiegeln von Backöfen. Ins 21. Jahrhundert übersetzt heißt das: "Pressefreiheit ist das tägliche Brot für die Demokratie." Und eine möglichst vielfältige Medienlandschaft ist die Voraussetzung dafür.

## Gewachsenes Vertrauen

Allen Lügenpresserufen zum Trotz ist das Ansehen der Medien in Deutschland in den vergangenen Monaten gestiegen: Eine Langzeitstudie des Instituts für Publizistik der Universität Mainz kommt zu dem Ergebnis, dass 13 Prozent der Deutschen der Auffassung zustimmen, von den Medien systematisch belogen zu werden. Vor einem Jahr waren es noch 19 Prozent. Dabei haben die Befragten vor allem die Tagespresse und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Blick. Das Vertrauen – sehr allgemein formuliert – in das Internet dagegen ist abgestürzt: Waren es vor einem Jahr noch 24 Prozent, sind es jetzt nur noch 10 Prozent, die dem Netz als Informationsquelle vertrauen.

Nun haben Journalisten selbst Skepsis zu ihrer Grundtugend erklärt. Eine Haltung, die sie ihren Lesern und Zuschauerinnen vermitteln, eine Haltung, die der Demokratie und der Gesellschaft guttut. Wer fragt, wer Zweifel hat, wer nicht gleich alles glaubt und nachbohrt – der kann etwas bewegen in der Gesellschaft. Nicht jede Recherche entwickelt sich zum Watergate Skandal, nicht hinter jedem Leak verbergen sich Panamapapers. Aber die vielen kleinen Schritte sind oftmals genauso entscheidend.

| Dr. Claudia Nothelle, |

Vertretungsprofessur Fernsehjournalismus an der Hochschule Magdeburg-Stendal, ehemalige Programmdirektorin des Rundfunks Berlin-Brandenburg, Mitglied des ZdK

## 6 Familie

# Arbeitszeitflexibilisierung

## Arbeitszeiten, die zum Leben passen

Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit

**Nicht zuletzt mit dem Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie ist die Frage nach mehr Flexibilisierung der Arbeitszeit verstärkt in die öffentliche Diskussion gekommen. Gerade die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit verlangt nach neuen politischen und gesellschaftlichen Antworten.**

### Arbeitszeitrealitäten

Yunus Dinc ist Mitglied der IG Metall. Er ist Schichtarbeiter bei Bosch in Stuttgart. Der Samstag ist für den 43-jährigen Vater von drei Kindern längst ein Regel-Arbeitstag. Ab und zu hat er eine Woche frei, doch darauf würde er verzichten, wenn er samstags frei hätte – dann, wenn auch seine Familie zu Hause ist. Ein anderer Metallarbeiter berichtet, er habe seine Arbeitszeit um zehn Prozent reduziert, um Zeit für seine Tochter zu haben. Doch er musste dafür kämpfen, bis der Arbeitgeber sich darauf eingelassen hat. Und weniger Arbeit bedeutet auch weniger Geld.

Die beiden Metallarbeiter sind keine Einzelfälle. In den vergangenen Jahren sind die Arbeitszeiten immer flexibler geworden – vor allem im Sinne der Arbeitgeber. So arbeitet inzwischen rund die Hälfte der Beschäftigten im Organisationsbereich der IG Metall zumindest gelegentlich samstags und ein Viertel gelegentlich sonntags. Das zeigt die große IG Metall-Beschäftigtenbefragung, an der sich im vergangenen Jahr mehr als 680.000 Menschen beteiligt haben. 20,8 Prozent der Beschäftigten gaben zudem eine Überschreitung der täglichen Höchstarbeitszeit an und immerhin 11 Prozent eine Unterschreitung der Mindestruhezeit – beides klare Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz. Und nicht alles, was technisch möglich ist – wie die Ausweitung orts- und zeitungebundener Arbeit durch die zunehmende Digitalisierung – wird dem Menschen per se gerecht. Das Recht auf Feierabend muss deshalb stärker betont werden!

Die IG Metall-Befragung zeigt: Viele Beschäftigte arbeiten länger, als es vertraglich vorgesehen ist – zumindest aber

oft deutlich länger, als es ihren Wünschen entspricht. So wollen 16,6 Prozent gern 21 bis 34 Stunden pro Woche arbeiten. Aber nur für gut 5 Prozent gilt auch eine solche Arbeitszeit. Zwei Drittel aller Beschäftigten wollen 35 Stunden oder weniger arbeiten, bei SchichtarbeiterInnen beträgt dieser Wert sogar 74 Prozent. Doch nur für 55 Prozent gilt auch eine solche Arbeitszeit.

Arbeitszeit-Realitäten passen oft nicht zum Leben der Beschäftigten. Hinzu kommt, dass sich in den Familien die Rollenverteilung verändert hat. Mehr als zwei Drittel der Mütter minderjähriger Kinder sind erwerbstätig. Frauen wollen nicht mehr "Hinzuverdienerinnen" sein, sondern Männer und Frauen wünschen sich eine gleichberechtigte Aufteilung von Erwerbsarbeit und Sorgearbeit. Dabei geht es nicht nur um Kindererziehung, sondern auch um Pflege: Von den knapp drei Millionen Pflegebedürftigen leben über 2 Millionen zu Hause – die Mehrheit davon wird ausschließlich durch Angehörige gepflegt. Und das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung prognostiziert für 2030 bis zu 3,5 Millionen Pflegebedürftige.

### Erzielter Tarifkompromiss Metall- und Elektroindustrie

Vor dem Hintergrund der Belastungen der Beschäftigten, gerade von SchichtarbeiterInnen, veränderter Rollenbilder und differenzierter Arbeitszeitwünsche, die in der großen Beschäftigtenbefragung genannt wurden, hat die IG Metall das Thema Arbeitszeit in den Mittelpunkt gerückt. Es geht um stärker selbstbestimmte Arbeitszeiten für die Beschäftigten, wobei auch diejenigen berücksichtigt werden, die vorübergehend nicht kürzer, sondern länger arbeiten wollen. Als zentraler Einstieg in das zunehmend wichtiger werdende Arbeitszeitthema zeigt sich der am 06.02.2018 erzielte Tarifkompromiss in Baden-Württemberg. Er gilt als wegweisender Pilotabschluss.

Laut dieses Tarifabschlusses können Beschäftigte ab 2019 ihre Arbeitszeit für mindestens sechs Monate und maximal 24 Monate befristet auf eine verkürzte Vollzeit bis zu 28 Wochenstunden absenken – um mehr Zeit für die Familie zu haben, um bei Bedarf eine zusätzliche Freischicht nehmen zu können oder um mehr Zeit für ehrenamtliche Arbeit zu haben. Eine Wiederholung ist möglich. Dabei gilt: Jede/r kann, keine/r muss!



## Familie

# Arbeitszeitflexibilisierung

Insgesamt umfasst das Ergebnis eine Einkommenssteigerung von 4,3 Prozent für 2018, ab 2019 erhalten alle Beschäftigten zusätzlich einen Festbetrag von 400 Euro (Auszubildende 200 Euro) und ein "tarifliches Zusatzgeld" in Höhe von 27,5 Prozent eines Monatsentgelts im Jahr. Für diesen Baustein können Beschäftigte, die Kinder erziehen, Angehörige pflegen oder in Schicht arbeiten, wählen, ob sie statt des tariflichen Zusatzgelds lieber acht freie Tage nehmen wollen. Zwei dieser Tage finanziert dann der Arbeitgeber. Dabei gibt es Voraussetzungen, wie ein Höchstalter der Kinder von 8 Jahren, Mindestzeiten bei der Betriebszugehörigkeit oder eine gestaffelte Berücksichtigung unterschiedlich belastender Formen von Schichtarbeit. Mit diesem Modell konnte die IG Metall einen Einstieg in den Ausgleich von besonderen Belastungen der Beschäftigten durchsetzen und zudem Freiräume für wichtige gesellschaftlich relevante Aufgaben schaffen, die die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben erleichtern. Die tarifliche Befristung stellt sicher, dass es ein Rückkehrrecht in die Vollzeit gibt.

### Nachholbedarf seitens der Politik

Eine gesetzliche Verankerung des Rechts auf Rückkehr von Teilzeit in Vollzeit hatte sich die Politik bereits für die letzte Wahlperiode vorgenommen und in den aktuellen GroKo-Verhandlungen wiederholt. Das muss jetzt endlich auch kommen! Mit dem Elterngeld-Plus und dem Partnerschaftsbonus hat auch der Gesetzgeber Anreize für eine partnerschaftliche Aufteilung von Familienarbeit und Erwerbsarbeit gesetzt. Und auch die Familienpflegezeit schafft den Rahmen für eine Reduzierung der Arbeitszeit bei der Pflege von Angehörigen – Pflegende sind zudem in der Rentenversicherung abgesichert. Doch trotz dieser Regelungen haben Beschäftigte mit einem massiven Einkommensausfall zu kämpfen, wenn sie ihre Arbeitszeit zugunsten von Pflegezeit reduzieren. Die staatlichen Leistungen sind bisher völlig unzureichend. Wer die Familienpflegezeit in Anspruch nimmt, kann ein Darlehen in Anspruch nehmen – Pflege auf Pump also!

### Gemeinsamkeiten von Kirchen und Gewerkschaften

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken fordert in einer Erklärung von Juni 2017, die "Angehörigenpflege sollte ähnlich und in vergleichbarem Umfang wie die Ver-

sorgung und Erziehung kleiner Kinder gefördert werden." Das ZdK verweist dabei auf Konzepte einer reduzierten Vollzeitbeschäftigung beider Partner im Bereich Kindererziehung und fordert eine solche Förderung auch für pflegende Angehörige. Dabei wird auch eine Verantwortung der Tarifparteien betont. Insofern verfolgen IG Metall und ZdK in diesem Bereich das gleiche Ziel.

Ganz grundsätzlich zielt die IG Metall darauf ab, mit den erreichten arbeitszeitpolitischen Verbesserungen Familien zu stärken. Und Kirchen und Gewerkschaften eint darüber hinaus die Auffassung, dass das Wochenende und erst recht der Sonntag nicht Regel-Arbeitszeit werden sollen.

Auch grundlegende Wertvorstellungen, wie die Hervorhebung des Prinzips der Solidarität im gesellschaftlichen Zusammenleben, zeigen weitere Gemeinsamkeiten zwischen Gewerkschaften und Kirchen auf. Die katholische Soziallehre betont zudem eindeutig den Vorrang der menschlichen Arbeit und dass die Wirtschaft dem Menschen zu dienen hat – nicht umgekehrt. In diesem Sinne sind selbstbestimmte Arbeitszeiten, wie die IG Metall sie fordert, auch Ausdruck der Würde des arbeitenden Menschen.

Im gemeinsamen Aufruf der Vorsitzenden von Deutscher Bischofskonferenz und EKD zu den Betriebsratswahlen 2018 heißt es: "Damit Erwerbsarbeit nicht das ganze Leben bestimmt, braucht es auch Grenzen der Arbeit: Grenzen der Belastungen, Grenzen der zeitlichen Verfügbarkeit und Grenzen der Ökonomisierung."

In diesem Sinne wünsche ich mir, dass gesellschaftlich zunehmend relevante Themen, wie das umfassende Thema "Arbeitszeiten, die zum Leben passen", eine noch breitere Unterstützung seitens der Kirchen in der weiteren öffentlichen Diskussion erfahren. Denn die vielen betroffenen Menschen, für die sich Gewerkschaften und Kirchen dabei einsetzen, leben und arbeiten gemeinsam in unserer Gesellschaft.

| André Arenz,

Erster Bevollmächtigter der Geschäftsstelle Olpe und ehrenamtliches Vorstandsmitglied der IG Metall, Mitglied des ZdK

## 8 Kirchenrecht Donum Vitae

### Schlicht privat

Von den freien Vereinigungen in der Kirche

**Kardinal Marx hat in einem Brief an ZdK-Präsident Thomas Sternberg wichtige Sätze zu Donum Vitae gesagt. Das ist ein qualitativer Sprung im gemeinsamen Engagement der Katholiken für das ungeborene Leben. In den Reaktionen tauchte am Rande ein kleiner Disput zum Kirchenverständnis wieder aus der Versenkung auf.**

In einem Brief an den ZdK-Präsidenten Sternberg hat der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, geschrieben: "Es besteht kein Zweifel, dass das Ziel von Donum Vitae ebenso wie das der bischöflich verantworteten Schwangerenberatung der Schutz des ungeborenen Menschen ist. Ich stelle fest, dass es über die Jahre hinweg auch vielen Beraterinnen von Donum Vitae gelungen ist, zahlreichen Frauen bzw. Eltern Mut zu machen für ein Leben mit dem Kind, und dafür bestmögliche Hilfestellungen zu bieten. Dafür dürfen wir gemeinsam dankbar sein."

Für diese grundlegende Aussage können alle, die sich im ZdK engagieren, sehr dankbar sein. Sie anerkennt jene, die sich in der Schwangerschaftskonfliktberatung engagieren, in ihrem entschiedenen Einsatz für das Leben. Und sie nimmt dem wichtigen Einsatz jener, die sich in der Schwangerenberatung engagieren, nichts von ihrer ebenso wichtigen Wertschätzung. Zu der ebenfalls wichtigen Frage der Beschäftigung ehemaliger Beraterinnen von Donum Vitae, die möglicherweise zum Sozialdienst Katholischer Frauen (SKF) oder zur Caritas wechseln möchten, schreibt Kardinal Marx darüber hinaus klärend: "Deshalb halte ich es für selbstverständlich, dass Personen, die in einer Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle des Donum Vitae e. V. gearbeitet haben, in bischöflich anerkannten Schwangerenberatungsstellen beschäftigt werden können, sofern sie, was ja auch selbstverständlich ist, die dort geltenden Regeln und Festlegungen respektieren und beachten." All dies sind wichtige Klärungen.

#### Außerhalb der Kirche?

In einer ersten Stellungnahme reagierte der Kölner Weihbischof Ansgar Puff auf den Brief von Kardinal Marx. Neben einer selbstverständlichen und berechtigten Würdigung der Schwangerenberatung von Caritas und SKF wiederholte er die Formulierung, Donum Vitae sei eine "Vereinigung außer-

halb der Kirche". Das ist allerdings und leider eine schon immer unpräzise Formulierung. Wenn der Weihbischof meint, Donum Vitae sei eine Vereinigung, die keine kirchenamtliche Anerkennung hat, bekommt, wünscht, beantragt oder braucht, so hat er völlig recht. Wollte der Weihbischof also sagen: "Donum Vitae wird keine kirchenamtliche Anerkennung bekommen, es ist und bleibt ein bürgerlicher Verein als e. V., ich als Bischof halte den Weg von Donum Vitae für falsch", dann würde ich persönlich dies zwar bedauern, aber dann könnte dieser Artikel hier enden, denn der Bischof meint: "Donum Vitae ist keine Vereinigung, die vom kirchlichen Amt anerkannt ist." Leider steht es aber, wie ich befürchten muss, anders. Möglicherweise ist es gemeint, wie es sich anhört, und dann wäre es nicht nur unpräzise und damit falsch, sondern auch verletzend.

#### Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit

Das gültige Kirchenrecht kennt drei Arten von Vereinigungen. Zunächst schreibt es ganz grundsätzlich zu den Rechten und Pflichten der Christgläubigen bezüglich ihrer Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit: "Den Gläubigen ist es unbenommen, Vereinigungen für Zwecke der Caritas oder der Frömmigkeit oder zur Förderung der christlichen Berufung in der Welt frei zu gründen und zu leiten und Versammlungen abzuhalten, um diese Zwecke gemeinsam zu verfolgen" (c. 215). Es steht den Laien frei, "... Werke der Frömmigkeit oder der Caritas zu betreiben und die weltliche Ordnung mit christlichem Geist zu beleben" (c. 298 § 1). (Dieses und die folgenden Zitate aus: Rüdiger Althaus, Der Diözesanbischof und die kirchlichen Vereine. In: Zwischen Vollmacht und Ohnmacht. Die Hirtengewalt des Diözesanbischofs und ihre Grenzen. Herausgegeben von Sabine Demel und Klaus Lüdicke. Herder, Freiburg 2015, 295-318.)

Wohlgemerkt: Es steht den Laien frei. Keine Erlaubnis durch das kirchliche Amt ist notwendig, keine Billigung, keine Anerkennung. Auch in einer Diözese, die eine Bolivienpartnerschaft pflegt, können sich katholische Laien zusammenschließen, um sich für Ghana einzusetzen. Der Bischof kann sagen: "Besser wäre es, ihr machtet beim Bolivien-Engagement mit." Die Laien können trotzdem sagen: "Uns ist Ghana aber ein besonderes Anliegen, das halten wir für wichtiger." Darin sind sie frei. Eine amtliche Anerkennung ist nicht notwendig. Sie wird auch nicht beantragt. Aber wäre es nicht absolut unverständlich, zu behaupten, dieses Engagement geschehe "außerhalb der Kirche"?



# Kirchenrecht

## Donum Vitae

Es ist kirchenrechtliches Grundwissen: "Die Gläubigen sind somit nicht mehr grundsätzlich von der Weisung oder Billigung einer kirchlichen Autorität abhängig. Vielmehr resultiert ihre Initiative aus dem ihnen in Taufe und Firmung übertragenen Apostolat, und sie unterstehen dann als Vereinigung nicht in einem größeren Umfang der kirchlichen Autorität wie als einzelne Gläubige. Gleichwohl bleiben sie verpflichtet, die Gemeinschaft mit der Kirche immer zu wahren (c. 209 § 1) und im Bewusstsein ihrer eigenen Verantwortung in christlichem Gehorsam das zu befolgen, was die geistlichen Hirten in Stellvertretung Christi als Lehrer des Glaubens erklären und als Leiter der Kirche bestimmen (c. 212 § 1)."

"Als Lehrer des Glaubens erklären ..." – natürlich darf keine Vereinigung von Katholiken grundlegende Glaubensinhalte in Frage stellen. Ich kenne auch keinen ernst zu nehmenden Verein, der dies tut. "Als Leiter der Kirche bestimmen ..." – auch das ist, betrachtet man das katholische Amtsverständnis, verständlich und zu akzeptieren. Der Leiter der Kirche bestimmt: "Zeit, Kraft, Personal und Geld werden von meinem Bistum in die Bolivienpartnerschaft gesteckt." Der Verein zur Ghana-Hilfe erhält keine kirchlichen Mittel. Aber wenn er sie nicht will, nicht braucht, nicht beantragt – kann seine Arbeit nicht trotzdem segensreich sein? Und wäre sie "außerhalb der Kirche"?

Stichwort Geld: Wenn freie Vereinigungen keine Kirchensteuern erhalten, sagt das nichts über ihren kirchlichen Status aus. Das Kirchenrecht gilt weltweit! Und natürlich haben wir weltweit völlig andere Verhältnisse als in Deutschland. Man stelle sich eine wohltätige, soziale Initiative in einem armen Land vor. Menschen aus einer irgendwie gearteten Mittelschicht helfen anderen in Not, bekleiden Nackte, besuchen Kranke, sättigen Hungernde. Der Bischof zahlt nichts, weil er gar nichts zahlen kann. "Vereinigung außerhalb der Kirche"?

### Das CIC kennt drei Grundtypen von Vereinigungen.

Zweck, Erscheinungsbild und Organisationsstruktur von Vereinigungen im Sinne des Kirchenrechts (und nicht "außerhalb des Kirchenrechts" – und das ist der springende Punkt!) können sehr vielfältig sein. Das Vereinigungsrecht sieht drei Grundtypen vor. Erstens: einen von der kirchlichen Autorität eingerichteten Verein mit öffentlicher kanonischer Rechtspersönlichkeit, der entsprechend dem kirchlichen Amt zugeordnet ist. Zweitens: einen Verein

mit privater kanonischer Rechtspersönlichkeit. Hier haben Gläubige eine "Privatvereinbarung" getroffen und die kirchliche Autorität um Billigung gebeten. Solche Vereinigungen handeln in eigener Verantwortung und im eigenen Namen, nicht im Namen der Kirche.

Maßgeblich für die kirchenrechtliche Einordnung von Donum Vitae – wie für unzählige Initiativen der ganzen Kirche – ist aber der dritte Weg: "Bei einem nichtrechtsfähigen Verein handelt es sich um einen freien Zusammenschluss von Gläubigen, der keine (private) Rechtspersönlichkeit in der Kirche erbeten oder erhalten hat. Sie können durch miteinander getroffene Privatvereinbarungen ein Ziel im Horizont der Sendung der Kirche verfolgen ... Eine eventuelle Belobigung, Empfehlung oder eine Statutenüberprüfung durch die kirchliche Autorität tangiert nicht den rechtlichen Status einer solchen Vereinigung. Als ein solcher nichtrechtsfähiger Verein kommt nicht nur eine Gebetsgruppe mit einer losen Führung in Betracht; vielmehr kann er über (ausgeprägte) Strukturen oder gar über Rechtspersönlichkeit nach Maßgabe des weltlichen Rechts verfügen, wie dies bei einer ganzen Reihe kirchlicher Vereine in Deutschland der Fall ist."

Solche – auch "schlicht privat" genannten – freien Zusammenschlüsse sind, wie gezeigt, selbstverständlich Vereinigungen innerhalb der Kirche, sie sind vorgesehen vom kirchlichen Recht. Getaufte und gefirmte katholische Christen schließen sich zusammen, um Gutes zu tun. Sie reklamieren nicht das kirchliche Amt für sich, sie maßen sich nichts an, sie handeln nicht "im Namen der Kirche".

### Die ethische Frage

Damit gerät noch einmal die entscheidende Frage in den Blick: Ist der Versuch, im Rahmen der gesetzlich geregelten Schwangerschaftskonfliktberatung, die die Ausstellung einer Beratungsbescheinigung verlangt, Leben zu retten, ethisch verantwortbar? Eine Arbeitsgruppe der Deutschen Bischofskonferenz hat dies auf drei Dutzend Seiten untersucht, bejaht und begründet. Dieser Bericht vom 14.1.1999 ist abrufbar unter [https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse\\_downloads/presse/Bericht-Arbeitsgruppe-Schwangerschaftskonfliktberatung.pdf](https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse/Bericht-Arbeitsgruppe-Schwangerschaftskonfliktberatung.pdf)

| Dr. Stefan Vesper

Generalsekretär des ZdK

# Katholikentag Programm

## Suche Frieden

Höhepunkte und Grundlinien des 101. Katholikentags in Münster

**Am 9. Mai wird in Münster auf dem Domplatz der 101. Deutsche Katholikentag eröffnet. Es hat dann 88 Jahre gedauert, bis nach 1930 wieder ein Katholikentag in dieser Stadt zu Gast ist. Jetzt, auf dem Höhepunkt der Vorbereitungen, ist zu erleben, wie groß die Erwartungen und die Vorfreude in Stadt und Region sind. Seit nunmehr 170 Jahren veranstaltet das ZdK Katholikentage, aber ungewöhnlich ist, dass er in der Heimatstadt seines Präsidenten stattfindet.**

Einige Höhepunkte und Grundlinien dieses Katholikentags möchte ich vorstellen. Zu diesem Zeitpunkt sind noch nicht alle Planungen abgeschlossen. Aber vom 12. März an wird das Gesamtprogramm auf der Homepage des Katholikentags veröffentlicht,

Nach den jetzigen Planungen erwartet Sie ein Programmangebot von mehr als 1000 Veranstaltungen. Es wird eine Mischung aus Angeboten, wie Sie sie von einem Katholikentag kennen und erwarten: Diskussionen zu politischen, gesellschaftlichen und kirchlichen Themen, Vorträge, Workshops, Ausstellungen, Konzerte, große und kleine Gottesdienste und nicht zuletzt Feste und Orte der Begegnung..

### Das Leitwort als Richtschnur und Botschaft

"Suche Frieden" lautet das Leitwort des Münsteraner Katholikentags. Bei der Wahl hat die Jahreszahl 2018 den Weg gewiesen: Vor 400 Jahren begann der verheerende 30-jährige Konfessionskrieg, den der Westfälische Friede, vor 370 Jahren in Münster und Osnabrück geschlossen, beendete. Und 100 Jahre sind es her, dass der bis dato grausamste Krieg der Geschichte sein Ende fand. Angesichts der Kriege und Brandherde unserer Zeit lag die Aktualität dieses Themas auf der Hand. Große Ausstellungen über "Frieden. Von der Antike bis heute" von fünf unterschiedlichen Trägern in der Stadt gehen zur Zeit des Katholikentages auf das Thema ein.

Aber nicht nur Frieden als Begriff für die Abwesenheit von

Krieg und Gewalt ist gemeint. Viele Entwicklungen wie Globalisierung, Pluralisierung der Gesellschaft und Zusammenreffen von Kulturen und Religionen haben als Kehrseite die Suche nach Abschottung und Abgrenzung. Menschen suchen nach Identität und Leitbildern für die Gestaltung des Lebens. Darum wird es in Münster auch um die Suche nach dem Frieden zwischen Kulturen, Weltanschauungen und Religionen gehen. Friede ist aber auch ein Thema des alltäglichen Zusammenlebens, die Suche nach gesellschaftlichem Frieden, nach Frieden mit dem Nachbarn und Nächsten und nicht zuletzt auch nach Frieden mit mir selbst, wie ihn die Menschen vieler Religionen sich wünschen: Pax, Schalom, Salam. Und es geht um den Frieden, der uns in der Bibel und im Gottesdienst zugesagt wird: "Meinen Frieden gebe ich euch".

Friede ist ein schwieriges Wort: es gehört zu denen, die jeder für gut und richtig hält. In alter biblischer Tradition wird es kombiniert mit der Gerechtigkeit; beide bedingen sich gegenseitig. Das kurze Zitat aus dem 34. Psalm könnte mit einem Rufzeichen geschrieben werden, so wie es im Zusammenhang, einer Regel für ein gutes Leben, heißt: "Suche den Frieden und jage ihm nach!". Für den Katholikentag ist uns auch die andere Lesart wichtig: Wie "Suche Arbeit", "Suche Wohnung" bringt es zum Ausdruck: Ich brauche etwas, ich sehne mich nach Frieden in der Welt, mit der Schöpfung, mit anderen, mit mir selbst und mit Gott.

### Konzentration und Orientierung

Das Leitwort diente dieses Mal als Ausgangspunkt einer Exegese und der Reflexion über wichtige Entfaltungen des Themas in einer Arbeitsgruppe. Die dort gefundenen Kernthemen verschiedener Bereiche wurden potentiellen Veranstaltern angeboten, mit den Programmkommissionen erarbeitet und von der Katholikentagsleitung beschlossen. Sie finden sich nun als sogenannte "Große Podien" im Programm und sind besonders hervorgehoben.

Neben der Ausrichtung am Leitwort war uns bei der Entwicklung des Programms ein Anliegen das, was wir mit den Stichworten "Konzentration und Orientierung" bezeichnen haben. So werden langjährige Besucher von Katholikentagen bemerken, dass wir alle diskursiven Veranstaltungen des Katholikentags in zwei große Themenbereiche

# Katholikentag

## Programm

"Gesellschaft und Politik" und "Kirche, Theologie, Religionen" gefasst haben. Die Fülle der früheren Zentren wird in größeren Einheiten konzentriert – zum Beispiel im neuen Bereich "Lebenswelten", in dem die Angebote für Kinder, junge Menschen, Frauen, Männer, Familien, ältere Menschen zusammengefasst sind.

### Programmatische Schwerpunkte

Das Stichwort "Frieden" war die Richtschnur für die vielen einzelnen Veranstaltungen, von denen ich Ihnen einige exemplarisch nennen möchte. Unter den Themen der 32 "Großen Podien" finden sich aus dem Bereich "Gesellschaft und Politik": Syrien und die Schwierigkeiten der Friedenspolitik; Migration, Integration, Einwanderung; Fluchtursachenbekämpfung und Frieden durch Entwicklung; Suche nach einem gerechten Welthandel; Frieden durch soziale Gerechtigkeit; Chancen und Bedrohungen der Digitalisierung; Konflikt oder Frieden in Familien und zwischen den Generationen; Populismus und Missbrauch in den neuen Medien; Die Landwirtschaft und der Klimawandel

Erinnern werden wir an das Ende des Ersten Weltkriegs vor nun 100 Jahren in einem Großen Podium "Gott mit uns?", konzipiert und verantwortet in Kooperation vom ZdK und dem Deutschen Evangelischen Kirchentag (DEKT). Ergänzt werden die Podien zum Beispiel in einer Vorlesungsreihe im Open-Air-Hörsaal des Exzellenzclusters "Religion und Politik" der Universität Münster. Ein Schwerpunkt des Programms werden die Auseinandersetzung mit neuen Nationalismen und die besondere Rolle Europas mit einem eigenen Europatag sein.

### Innerkirchlicher Dialog

Kernbestandteil jedes Katholikentags ist nicht zuletzt seit dem revolutionären Essener Katholikentag von 1968, vor 50 Jahren, der innerkirchliche Dialog. Auch hier war das Stichwort "Frieden" zentrale Orientierung. Das zeigen die Themen der Großen Podien des Bereichs "Kirche, Theologie, Religionen", in denen sich politische, persönliche und kirchliche Anliegen mischen: Biblische Friedensvisionen – Anstöße zu Leben, Wirtschaften, Regieren; Dauerzoff oder Grabesruh – Großraumpfarrei oder Kirche im Dorf?; Beteiligung schafft Frieden – auf dem Weg zu einer syno-

dalischen Kirche; Schuld – Vergebung – Versöhnung. Impulse für eine glaubwürdige Kirche; Religionen – Fluch oder Segen? – Friedenspotentiale der Religionen wecken; Religionsfreiheit – ein weltweit verletztes Menschenrecht; Störfaktor Religion – Wieviel Glaube verträgt die Öffentlichkeit; Meinen Frieden finden – Glauben und zweifeln nach persönlichen Krisen.

Veranstaltungen werden brennende Themen unserer Kirche aufgreifen, von der Zukunft der Pfarreien über die Frage nach dem Amtsverständnis, der Stellung der Frauen, der Mitverantwortung aller Gläubigen bis zu der nach der Form einer synodalen Struktur unserer Kirche.

Seit vielen Jahren sind Katholikentage ein Ort der Ökumene geworden. Beispielhaft für viele Veranstaltungen wird das Große Podium "Ökumene nach 2017 – Aufbruch oder Katerstimmung?" die Einheit in Verschiedenheit zum Thema machen. Auch in Münster wird das ökumenische Gespräch mit den Mitgliedskirchen der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen (ACK) eine wichtige Rolle spielen.

Immer wichtiger wird der Dialog unter den Religionen. Hier leistet der Katholikentag einen Beitrag zum innergesellschaftlichen Frieden mit Orten und Räumen für Begegnung und Kennenlernen, die er insbesondere mit Juden und Muslimen eröffnet. Das geschieht auch durch das Aufgreifen von Themen wie "Antisemitismus in der Schule - jüdische, christliche und muslimische Sondierungen" oder "Gemeinsam Gesellschaft gestalten - Christen und Muslime in der pluralen Gesellschaft". Erstmals findet im Rahmen des Katholikentags ein Biblischer Impuls mit Beteiligten der drei Religionen statt, die sich auf den biblischen Stammvater Abraham berufen.

### Neue Akzente

Der Münsteraner Katholikentag wird auch eine Reihe von neuen Formaten und besonderen Akzenten zeigen. Nur einige seien exemplarisch genannt: Unter #Frieden – Off Church 2.0 suchen wir Orte in der Stadt auf, die zur Auseinandersetzung und persönlichen Erfahrung von Frieden und Unfrieden einladen. Die Performance #FriedensFinderinnen, getragen von einem interreligiösen Frauennetzwerk, das sich bei einem früheren Katholikentag zusammengefunden hat, wird Friedensinitiativen sichtbar machen und neue



Der klimaneutrale Versand  
mit der Deutschen Post



ZdK

Zentralkomitee  
der deutschen Katholiken

ZdK | Zentralkomitee der deutschen Katholiken  
Postfach 24 01 41, D 53154 Bonn

Netzwerke anregen. In einem Konzert mit klassischer, traditionell arabischer und jüdischer Musik werden junge Menschen aus allen Teilen Israels – jüdischer und arabischer Herkunft – ihre Vision eines friedlichen Miteinanders leben, indem sie gemeinsam musizieren. Ein großes Ereignis werden 4300 Mitglieder aus 138 kirchlichen Chören sein, die auf dem Dompplatz ein Begegnungskonzert gestalten. Im KLJB-Dorf "Dorf findet Stadt" der Katholischen Landjugendbewegung steht das Thema der Entwicklung des Verhältnisses von Land und Stadt im Mittelpunkt. Die Licht-Performance "Glaubensfeuer" in der Lambertikirche eröffnet neue ästhetische und spirituelle Erfahrungen. Im "Gespräch unter den Täuferkäfigen", angestoßen durch die Zusammenarbeit mit mennonitischen Partnern, geht es in der Lambertikirche auch um die Auseinandersetzung mit der Geschichte der Täufer in Münster. Eine andere Landmarke von Münster stand für einen besonderen Gottesdienst Pate: Auf dem Aasee wird es unter dem Titel "Auf zu neuen Ufern" einen im Jugendbereich angesiedelten Tretbootgottesdienst geben. Überhaupt spielt die Jugend auf dem Katholikentag wieder eine große Rolle: Es wird viele Angebote für junge Menschen geben. Hohe Attraktivität ist bei der "Nacht der Lichter" in der Halle Münsterland mit den Brüdern der Gemeinschaft von Taizé sicher. Für die "Erzählkirche" laden Mitglieder des ZdK-Präsidiums in die barocke Clemenskirche ein und werden mit prominenten Gesprächspartnern in der Reihe "Eine Stunde mit ... Erfahrungen prominenter Zeitgenossen mit Frieden und Unfrieden" sprechen.

## Zentrale Veranstaltungen

Das thematische Programm ist in die großen zentralen Veranstaltungen und Gottesdienste eingebettet. Am Mittwoch wird der Katholikentag auf dem Domplatz mit prominenten Gästen

eröffnet. Daran schließt sich der Abend der Begegnung an, vorbereitet vom Bistum Münster mit seinen Gemeinden, Verbänden und Initiativen in Stadt und Regionen. Der Donnerstag beginnt mit einer Eucharistiefeier zum Hochfest Christi Himmelfahrt auf dem Schlossplatz mit Bischof Genn als Bischof der gastgebenden Diözese. Parallel hierzu findet auf dem Domplatz eine Eucharistiefeier als eigenes Angebot für Kinder und ihre Eltern statt. Einen Höhepunkt am Freitag bildet der Zentrale Ökumenische Gottesdienst im Dom. Bevor der Katholikentag am Sonntag auf dem Schlossplatz mit dem Hauptgottesdienst unter Leitung des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, zu Ende geht, laden wir am Samstagabend zu einem Fest in der Innenstadt.

## Open-Air

Fünf Tage lang werden wir das Gesicht der Stadt Münster mit dem Katholikentag prägen. Dafür sorgt unter anderem das "Programm unter freiem Himmel", das den Katholikentag für alle erfahrbar macht, die nach Münster kommen oder in Münster leben, ganz ohne Zugangsvoraussetzungen. Oder anders gesagt: Der Katholikentag ist mit viel Open-Air-Programm in der Stadt zu erleben, unter anderem mit der Caritas-Bühne, der Eine-Welt-Bühne der kirchlichen Werke, zwei Musik-Bühnen und dem Straßenmusik-Projekt "Katholikentag unplugged".

Zu den frei zugänglichen Angeboten des Katholikentags gehört die Kirchenmeile. Mehr als 330 Verbände, Gruppen, Initiativen und Gemeinschaften werden ihr Engagement in Gesellschaft und Kirche auf dem Parkplatz am Schlossplatz, wo traditionell der "Send", eine Großkirmes, stattfindet, präsentieren. Übrigens bedeutet das für den Katholikentag Rekordbeteiligung. Die katholische Kirche in Deutschland ist in all ihrer Unterschiedlichkeit und Vielfalt hier zu erleben.

Der Katholikentag freut sich auf Münster und Münster freut sich auf den Katholikentag! Er wendet sich nicht nur an katholische Menschen, sondern lädt alle ein. – Kommen Sie und überzeugen sich von der Vitalität des Katholikentags als Ort des politischen, gesellschaftlichen und kirchlichen Dialogs, aber auch als Ort des lebendigen Glaubens.

| Prof. Dr. Thomas Sternberg,  
Präsident des ZdK |

Pressestelle Hochkreuzallee 246, 53175 Bonn  
Postfach 24 01 41, 53154 Bonn

Tel. +49. (0) 228. 38 297 - 0. Fax +49. (0) 228. 38 297 - 48  
Mail [presse@zdk.de](mailto:presse@zdk.de) Web [www.zdk.de](http://www.zdk.de)

Herausgeber  
Dr. Stefan Vesper Generalsekretär

Redaktion  
Theodor Bolzenius Pressesprecher

Nachdruck frei / Belegexemplar erbeten

Alle Ausgaben der "Salzkörner" finden Sie auch auf unserer Internetseite:  
[www.zdk.de/veroeffentlichungen/salzkoeerner](http://www.zdk.de/veroeffentlichungen/salzkoeerner)